



Uluslararası Sosyal Araştırmalar Dergisi

The Journal of International Social Research

Cilt: 8 Sayı: 38 Volume: 8 Issue: 38

Haziran 2015 June 2015

www.sosyalarastirmalar.com Issn: 1307-9581

DER NEUE US-IMPERIALISMUS

THE NEW US IMPERIALISM

Ali AYATA*

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit will die von den USA vorangetriebene imperiale Politik untersuchen und die Veränderungen der US-Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts verdeutlichen. Die USA sind der Inbegriff für Freiheit, Fortschritt und Demokratie. Das politische System setzt auf Kooperation. Das Wirtschaftssystem kombiniert Freihandel mit Marktwirtschaft. Zudem stehen die USA unter dem Verdacht, ihre Macht Dominanz mit einer stark militarisierten Außenpolitik abzusichern, alle Staaten politisch, wirtschaftlich und militärisch in das kapitalistische Weltsystem zu integrieren und der interessensgeleiteten US-Außenpolitik unterzuordnen. Dabei wird deutlich, dass sich Militärinterventionen und militärische Gewalt speziell gegen die Länder des globalen Südens richten und die USA, als am stärksten aufgerüstete Militärmacht, den Prototyp eines imperialistischen Aggressors neuen Stils darstellen.

Schlüsselwörter: US-Außenpolitik, Imperialismus, Kapitalismus, Imperialismustheorie.

Abstract

This paper will examine the promoted by the US imperial policies and illustrate the changes in US foreign policy since the end of the East - West conflict. The US is the epitome of freedom, progress and democracy. The political system relies on cooperation. The economic system combines free trade with market economy. The US also are suspected with securing their power dominance with a highly militarized foreign policy, politically, economically and militarily to integrate all countries in the world capitalist system and to subordinate the interest-guided US foreign policy. It is clear that military interventions and military violence are directed specifically against the countries of the global South and the US, as the most upgraded military power, represent the new style prototype of an imperialist aggressor.

Keywords: US foreign policy , imperialism , capitalism , imperialism theory

Einleitung

Die vielschichtigen Deutungsansätze der Imperialismustheorie ergeben sich, in Hinblick auf Bedingungsfaktoren, Motive und Ursachen, aus dem ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklungsstand der kapitalistisch entwickelten Staaten. Dabei ist der Imperialismusbegriff stark von der Theorie, die ihn zu erklären versucht, abhängig und in einem spezifischen Kontext zu verstehen. Die verschiedenen Formen imperialistischer Herrschaft müssen deshalb in Abhängigkeit zu den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Akteure interpretiert und analysiert werden. Zudem ist der Imperialismusbegriff sehr eng mit dem des historischen Kolonialismus verknüpft, darf aber keinesfalls mit diesem gleichgesetzt werden. Eine differenzierte und nachvollziehbare Darstellung beider Begriffe ist schwer und keinesfalls konfliktfrei. Darüber hinaus ist zu beachten, dass Ausprägungen sowohl kolonialer als auch imperialistischer Machtausübung einander historisch bedingen.

Während Kolonialismus die weltweite Ausdehnung europäischer Staaten zu Beginn des 15. Jahrhunderts kennzeichnet, kann die europäische Expansionsphase ab dem späten 19. Jahrhundert als Imperialismus bezeichnet werden.¹ Dabei stellt die historische Periode des Imperialismus jene hochkomplexe Epoche dar, in der die Industriestaaten sowohl ein rasantes Wirtschaftswachstum als auch einen grundlegenden politischen Modernisierungsprozess vollzogen. Imperialismus ist in diesem Zusammenhang als jene auf Machterhalt, Machtdemonstration und Machtausweitung gerichtete Politik eines Staates zu verstehen, die einerseits die zielstrebige Vergrößerung des Staatsgebietes anstrebt und

* Doç. Dr., Bilecik Şeyh Edebali Üniversitesi İİBF Siyaset Bilimi ve Kamu Yönetimi Bölümü Öğretim Üyesi.

¹ Besonders der Beitrag von Ulrich Brand in dem 2010 von Reinhard Sieder und Ernst Langthaler herausgegeben Werk *Globalgeschichte. 1800-2010* gibt einen kurzen, aber durchaus differenzierten Überblick über die Internationale Politik der letzten 200 Jahre.

andererseits den systematischen Ausbau des kulturellen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einflussbereiches in der Welt forciert (Heinrich, 2003: 280).

Imperialismus unterscheidet sich grundlegend von der alteuropäischen Kolonial- und Handelsexpansion. Imperialismus bezieht sich ausschließlich auf die dauerhafte Errichtung wirtschaftlicher Abhängigkeitsstrukturen sowie langfristige Einbindung der noch nicht kapitalisierten Länder und Regionen in das kapitalistische System. Die imperialistische Expansionsphase ist somit charakteristisch für die globale Ausdehnung des Handelskapitals (Frank, 1980: 71). Die sich im Imperialismus manifestierende Dynamik des Industriekapitalismus richtete den Blickpunkt, neben der Ausdehnung der Binnenmärkte, auf die Kolonien. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges fand der klassische Imperialismus ein Ende. Der nach dem Zweiten Weltkrieg beginnende Rückzug der Kolonialmächte und die in den 1960er Jahren weitgehend abgeschlossene Entkolonialisierung besiegelte das Ende kolonialer Herrschaft, aber nicht die direkte Einflussnahme der entwickelten kapitalistischen Staaten auf die weniger entwickelten Länder der Peripherie. Es ist in diesem Zusammenhang umstritten, die außenpolitischen Handlungen einzelner Staaten und die Machtkonstellation innerhalb der internationalen Politik auch heute noch als imperialistisch zu bezeichnen (Heinrich, 2003: 279,293).

Mit dem Krieg gegen den Terror und der US-amerikanischen Doktrin präventiver Vergeltungsmaßnahmen² unter der Bush-Administration haben zahlreiche kritische AutorInnen damit begonnen, den permanenten und globalen Kriegszustand in den direkten Zusammenhang eines neuen, von den Vereinigten Staaten ausgehenden, Imperialismus zu setzen. Dabei spielt die klassische marxistische Imperialismustheorie nach wie vor eine übergeordnete Rolle. Sie kann sowohl die kapitalistischen Widersprüche des beginnenden 20. Jahrhunderts wie keine andere Theorie untersuchend darstellen als auch die aus dem gegenwärtigen Kapitalverhältnis bedingten permanenten internationalen Abhängigkeitsstrukturen und Widersprüche erklären (Henning, 2006: 38). Vor diesem Hintergrund versuchen neuere Interpretationen der marxistischen Imperialismustheorie die damals gewonnenen Erkenntnisse den aktuellen polit-ökonomischen Rahmenbedingungen anzupassen und im Sinne dieses neuen Imperialismus weiterzuentwickeln.

Dieser Weiterentwicklung der Imperialismustheorie liegen verschiedene Erklärungsansätze zugrunde. Im Vordergrund steht dabei der weltweit von den USA geführte Krieg gegen den Terror seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und die Frage, welche Absichten die US-Regierung mit diesem radikalen Kurswechsel verfolgt und inwiefern diese Vorgehensweise im Kontext imperialistischer Interessenspolitik zu verstehen ist. Auf der einen Seite wird daher intensiv über die Rolle einzelner und sehr mächtiger intellektueller Interessensgruppen³ diskutiert, den Staat aus der dominanten Motivation des Machterhalts und der Machtvergrößerung heraus instrumentalisieren (Hobson, 1905: 42,57). Auf der anderen Seite der imperialismustheoretischen Debatte ist die Rede von einer neuen Herrschaftsform, einer entgrenzten Welt ohne Zentrum, dem Empire. In diesem büßt der Nationalstaat seine zentrale Form und Funktion von Staatlichkeit ein. Das Empire absorbiert die wesentlichen Säulen staatlicher Souveränität (Kultur, Militär und Politik) und das imperialistische, auf zwischenstaatlichen Konflikten basierende, System verliert seine fundamentale Bedeutung. Staat und Kapital verschmelzen. Dadurch entsteht eine neue Form der Souveränität, die ihren Ursprung im globalen Markt hat. „Diese neue globale Form der Souveränität ist es, was wir Empire nennen“ (Hart ve Negri, 2002: 10). Dieses Empire herrscht uneingeschränkt, zeichnet sich durch das Fehlen jeglicher Grenzen aus und kennt keine nichtkapitalistischen Sphären mehr, womit es sich grundlegend vom Imperialismus unterscheidet. Dabei ist das Empire kein US-amerikanisches, sondern ein rein kapitalistisches System, in dem die USA lediglich eine privilegierte Position besitzen (Hart ve Negri, 2002: 194).

Die US-Außenpolitik: Macht und Herrschaft als Garant einer imperialen Weltordnung

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewannen die Vereinigten Staaten militärisch und ökonomisch an Bedeutung. Sowohl die erfolgreichen Militärinterventionen in zahlreichen Ländern Lateinamerikas als auch der Spanisch-Amerikanische Krieg, den die USA 1898 für sich entscheiden konnten und mit dem sie die Nachfolge des spanischen Kolonialreiches antraten, kennzeichnen den Beginn einer US-imperialistischen Vorherrschaft (Brzezinski, 2001: 18). Ab diesem historischen Wendepunkt konnten die USA ihre Einflussphäre kontinuierlich ausbauen. Zur Jahrhundertwende waren die Vereinigten Staaten für 30 Prozent der Weltindustrieproduktion verantwortlich. Mit der Fertigstellung des Panamakanals im Jahre

² Die Bush-Doktrin oder National Security Strategy der USA vom 20. September 2002 beansprucht die erweiterte Möglichkeit eines militärischen Erstschlages, um konkrete Bedrohungswahrnehmungen schon vor einem möglichen Angriff zu beseitigen. In diesem Zusammenhang reicht die Existenz von Massenvernichtungswaffen aus, um einen vorbeugenden Militäreinsatz zu legitimieren, auch wenn keine explizite Einsatzabsicht dieser Massenvernichtungswaffen vorliegt.

³ Zum Beispiel sind hier die Militärindustrie, Ölindustrie oder jüdisch-israelische Lobby zu nennen.

1914 konnten die USA ihren Herrschaftsanspruch sowohl im atlantischen als auch pazifischen Raum geostrategisch geltend machen. Den endgültigen Status einer Weltmacht erlangten sie allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg (Brzezinski, 2001: 19). Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges haben sich die USA erneut isolationistisch verhalten. Die damalige multipolare Machtstruktur wurde von den sechs konkurrierenden Großmächten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Russland und USA entscheidend mitbestimmt (Henning, 2006: 96). Nach 1945 gingen die Vereinigten Staaten von Amerika als neue hegemoniale Supermacht hervor.

In der Nachkriegszeit verfolgte die US-Außenpolitik zwei übergeordnete Ziele: Erstens, sollte eine auf Freihandel basierende globalisierte Weltwirtschaftsordnung die bisherige protektionistische Wirtschaftspolitik ersetzen⁴ und zweitens, wurde der militärischen und politischen Machtkonsolidierung eine besonders hohe Priorität beigemessen (Ferguson, 2003: 4). Der von den USA vorangetriebenen Nachkriegsstrategie des Liberalismus stand die von der Sowjetunion verfolgte Herrschaftsordnung der „Pax Sovjetica“ (Bohle, 2002: 51) gegenüber. Innerhalb des sowjetischen Herrschaftsgebiets wurden alle Schlüsselindustrien verstaatlicht und militärisch abgesichert. Die sich im sozialistischen Machtblock befindlichen Märkte blieben somit der liberalkapitalistischen Weltwirtschaft und dem Einfluss des amerikanischen Kapitals (Henning, 2006: 97) verwehrt. Mit der Entwicklung der Atombombe stieg schließlich auch die Sowjetunion zu einer Supermacht auf und stellte zunehmend die Machtposition der USA in Frage. Die Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur mündete schließlich in den Ost-West-Konflikt und kann in weiterer Folge als Supermachtimperialismus verstanden werden, in dem die USA und die Sowjetunion um die alleinige, uneingeschränkte globale Machtdominanz konkurrierten (Henning, 2006: 98).

Nach dem Waffenstillstand in Vietnam 1973 waren die bi- und multilateralen Beziehungen der USA zu anderen Staaten, aber vor allem der Sowjetunion, von einer weitreichenden Entspannungspolitik geprägt (Henning, 2006: 102). In dieser Phase der Systemkonfrontation, die entscheidend von der politischen Auffassung der friedlichen Koexistenz geprägt war, wichen sowohl die USA, aufgrund der Niederlage im Vietnamkrieg, als auch die Sowjetunion, eingeleitet durch den beginnenden ökonomischen Niedergang ihres Staatensystems, von ihrer Konfrontationspolitik ab. Trotz der Annäherung an die Sowjetunion und der Politik der Abrüstung, leiteten sowohl die sowjetische Invasion in Afghanistan als auch die iranische Revolution im Jahre 1979 das Ende der Entspannungspolitik ein. Die Vereinigten Staaten sahen sich schlagartig mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Der Verlust der Islamischen Republik Iran als einen der wichtigsten Bündnispartner im Nahen Osten, die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, der zunehmende Widerstand lateinamerikanischer Staaten aufgrund der geostrategischen Expansionsbestrebungen der USA und die noch immer anhaltenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise verdeutlichten die Anfälligkeit des US-Imperialismus und die allgegenwärtige Angst vor einem weltweiten Machtverlust. Konsequenterweise setzten sich neokonservative Kreise innerhalb der USA für das Ende der Entspannungspolitik, eine härtere Gangart gegenüber nationalen Freiheitsbewegungen und die weitere Neugestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ein. Mit dem Präsidentschaftsantritt Ronald Reagans im Jahre 1981 kehrten die USA zur altbewährten Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion zurück und somit zur Umsetzung der Strategie, "[...] die anderen Westmächte zur Anerkennung der US-amerikanischen Dominanz an anderen strategischen, politischen und wirtschaftlichen Fronten zu zwingen" (Henning, 2006: 105-106). In weiterer Folge dominierten Neoliberalismus⁵ und ein weitaus aggressiverer Supermachtimperialismus das Endstadium des Kalten Krieges.

Das Ende des Ost-West-Konflikts war mit großen Erwartungen verknüpft. Die internationale Gemeinschaft verband mit dem Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft über den Kommunismus die Hoffnung auf eine gewaltfreie Weltordnung, in der Kooperation, Frieden und militärische Abrüstung anstelle von zwischenstaatlicher Rivalität, aufbrechender Konflikte und expansiver Aufrüstung die zukünftige kulturelle, politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung entscheidend mitbestimmen würden. Mit dem Ende der Systemkonfrontation hat sich wie schon mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die historische Gelegenheit ergeben, aus der gewaltsamen Vergangenheit zu lernen, die Konfliktursachen zu erkennen und die Weltordnung neu zu strukturieren (Brink, 2007: 5). Doch es sollte anders kommen. Die USA haben sich gegen die Sowjetunion und alle anderen imperialen Großmächte durchgesetzt und sich

⁴ Mit dem Marshall-Plan bzw. Europäischen Wiederaufbauprogramm gestalteten die USA den ökonomischen Wiederaufbau Westeuropas entscheidend mit. Dabei wurden vor allem die Kriegsverlierer in das US-amerikanische Bündnissystem integriert und die Sowjetunion, im Kontext der sich zuspitzenden Systemkonfrontation, ausgeschlossen. Auch das von den USA initiierte Bretton-Woods-System trug zur Entstehung eines neuen, von den USA dominierten, internationalen Kräfteverhältnisses bei. (Henning 2006: 96)

⁵ Wirtschaftspolitisch forcierte die Reagan-Administration die Transformation des keynesianisch, nachfrageorientierten Wirtschaftsmodells zu einem Modell der neoliberalen Politik der Deregulierung.

damit als einzig verbliebene Supermacht behauptet. Die weltweite Konkurrenz, die die amerikanische Außenpolitik seit nun mehr 100 Jahren maßgeblich beeinflusst und ihren Höhepunkt in der Systemkonfrontation mit der Sowjetunion fand, war mit dem Kollaps der stalinistischen Staaten in Osteuropa verschwunden (Brzezinski, 2009: 27). Auch wenn die Vereinigten Staaten nicht an jenes Machtpotenzial der Nachkriegszeit anknüpfen konnten, besaßen sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch immer das uneingeschränkte militärische, politische und wirtschaftliche Gewaltmonopol, mit dem sie den globalen Markt dominierten, der auf den Prinzipien des uneingeschränkten Waren-, Personen-, Dienstleistung-, Kapital- und Zahlungsverkehrs beruhte (Brink, 2007: 352).

Dennoch bedeutete der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht das erhoffte Ende militärischer Interventionen und geopolitischer Auseinandersetzungen. Vielmehr entstand mit dem Ende des Ost-West-Konflikts jene Ausgangssituation, die wir als militärische Lücke bezeichnen können. Als alleinige globale Militärmacht eröffneten sich für die USA Handlungsperspektiven von enormer geostrategischer Bedeutung: die Integration neuer, nach dem sowjetischen Systemkollaps, freigesetzter Territorien in die von den USA vorangetriebene neoliberale Globalisierung sowie die Absicherung und der Ausbau der absoluten Dominanz des US-amerikanischen Staates als weltweit größte kapitalistische Macht“ (Henning, 2006: 84). Forciert wurde die territoriale Inbesitznahme ab den 1990er Jahren mit der Strategie des instrumentellen Multilateralismus als Politik der Erweiterung (Hippler ve Schade, 2003: 12). Im weitesten Sinne handelt es sich dabei um eine aktive Verteidigungspolitik, mit der die USA ihre Verbündeten einerseits noch enger an sich band, und potentielle Konkurrenten durch den Ausbau regionaler und internationaler Organisationen und Bündnisse unter US-Führung (Henning, 2006: 118) andererseits einbezog, unterordnete und zum Teil isolierte. Europa stellte dabei ein unverzichtbares geopolitisches Bindeglied zwischen dem afrikanischen Kontinent, Asien und den USA dar. Der Fokus lag daher nicht nur auf der Intensivierung multilateraler Beziehungen zu Europa, sondern auch auf der Stärkung und Erweiterung des europäischen Einflussbereiches in der Welt.

Anders als die Bindungen an Japan verankert das Atlantische Bündnis den politischen Einfluss und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem eurasischen Festland. Beim derzeitigen Stand der amerikanisch-europäischen Beziehungen, erweitert sich mit jeder Ausdehnung des europäischen Geltungsbereichs automatisch auch die direkte Einflussphäre der Vereinigten Staaten. Umgekehrt wäre ohne diese engen transatlantischen Bindungen Amerikas Vormachtstellung in Eurasien schnell dahin. Seine Kontrolle über den Atlantischen Ozean und die Fähigkeit, Einfluss und Macht tiefer in den euroasiatischen Raum hinein geltend zu machen, wären dann äußerst begrenzt (Brzezinski, 2001: 92). Länder wie Deutschland und Japan waren zwar während des Ost-West-Konflikts in die von den Vereinigten Staaten dominierte kapitalistische Wirtschaftsordnung eingebunden, doch mit dem Wegfall des bipolaren Wettstreits ging auch die systembedingte Abhängigkeit und direkte politische Unterordnung verloren. Als noch gefährlicher wurde die Volksrepublik China eingestuft, die seit den 1980er Jahren ein rasantes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte und darüber hinaus von der autoritären Kommunistischen Partei Chinas regiert wurde (Deppe, 2011: 98). Zudem wurde die relative ökonomische Schwäche und gleichzeitige militärische Vormachtstellung der USA deutlich.⁶

Der Neue US-Imperialismus

Manche Wissenschaftler vertreten die These, dass wir uns in einer neuen Phase des Imperialismus befinden. In dieser imperialistischen Phase ist die Wirtschaftsmacht USA nicht durch einen Niedergang gekennzeichnet, sondern nach wie vor entscheidend von der Stärke der USA geprägt, die anderen kapitalistischen Staaten an sich zu binden, in ein imperialistisches Weltsystem zu integrieren und dieses als uneingeschränkte Führungsmacht der Globalisierung zu organisieren. Dabei kann die Geschichte des amerikanischen Staates als ein aufstrebendes Imperium verstanden werden. Die Vereinigten Staaten haben es nicht nur geschafft, den seit dem Zweiten Weltkrieg bestehenden informellen Charakter eines US-Imperialismus durch den Aufbau eines formellen Imperiums abzulösen, sondern auch die zwischenimperialistischen Konflikt- und Konkurrenzbeziehungen unter den Industrienationen zu befrieden.

In diesem Zusammenhang ist es hilfreich, die Theorie des Ultraimperialismus von Karl Kautsky aufzugreifen und in den aktuellen Kontext eines American Empire zu setzen. Für Karl Kautsky stellt der

⁶ Dem US-amerikanischen Politologen Joseph S. Nye zufolge, lässt sich das innerhalb der heutigen Weltpolitik vorherrschende Machtgefüge mit einem dreidimensionalen Schachbrett vergleichen. Auf der obersten Ebene ist die militärische Macht unipolar. Hier dominieren die USA. Auf der mittleren, der wirtschaftlichen Ebene stehen China, Europa, Japan und die Vereinigten Staaten in Konkurrenz zueinander. Es herrscht keine amerikanische Hegemonie vor. Hier müssen die USA gleichberechtigt agieren. Auf der untersten Ebene, der Sphäre transnationaler Beziehungen, ist die Macht weitläufig verteilt und entzieht sich jeglicher staatlichen Kontrolle. Es herrschen chaotische Verhältnisse. Hier kann weder von Unipolarität, Multilateralismus noch einer US-Hegemonie gesprochen werden (Nye, 10. März 2003 [Zugriff: 05.12.2013]).

Imperialismus ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus dar, der sich durch das Verlangen jeder industriellen kapitalistischen Nation auszeichnet, ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird (Kautsky, 1914: 909). Imperialismus ist dabei nicht als eine Wirtschaftsphase, sondern als eine dem Finanzkapital bevorzugte Politik zu verstehen, wobei zwischen dem Finanzkapital als Ursache und Imperialismus als Wirkung zu unterscheiden ist (Kautsky, 1915: 111). Der Imperialismus, der sich durch territoriale Inbesitznahme, Bemächtigung fremder Kulturen, Wettrüstung, wachsende Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Industrienationen und Krieg auszeichnet, kann Kautsky zufolge überwunden werden, indem sich die hochindustrialisierten Nationalstaaten verbünden. Kautsky ging daher nicht nur davon aus, dass die dem Kapitalismus zugrundeliegende Konkurrenz innerhalb der finanzintensiven Wirtschaftssektoren Monopole erzeugen würde. Er war auch davon überzeugt, dass die innerhalb des anarchischen Systems stattfindenden Kämpfe, unter den industriell kapitalistischen Nationalstaaten, durch die Weiterentwicklung der kapitalistischen Konkurrenz in eine friedliche Phase des Kapitalismus, dem Ultraimperialismus, überwunden werden kann. Für Kautsky ist der Ultraimperialismus die höchste Stufe des Kapitalismus, genauso wie für Lenin der Monopolkapitalismus. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass Kautsky nicht von einer unüberwindbaren Konkurrenzsituation zwischen dem Finanzkapital ausgeht, sondern von der Möglichkeit der Kooperation aufgrund gemeinsamer Interessen. Anstatt eines potentiellen Weltkrieges, der aus Sicht des Kapitals irrational erscheint, Produktionsanlagen und Waren zerstört und darüber hinaus nur dem Finanzkapital der Rüstungsindustrie als Profitquelle dient, könne der Ultraimperialismus die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verflochtene Finanzkapital vorantreiben (Kautsky, 1915: 144).

Die kautskyische Zukunftsvision der Entstehung einer friedlichen Phase des Kapitalismus sollte Recht behalten. Allerdings ist erst nach dem Zweiten Weltkrieg „[...] eine Allianz imperialistischer herrschender Klassen unter US-amerikanischer Führerschaft [...]“ (Henning, 2006: 41) erkennbar. Panitch und Gindin haben daraufhin zwei ultraimperialistische Thesen vom American Empire erarbeitet, wobei die Letztere von zentraler Bedeutung für die Herausbildung und Konsolidierung des amerikanischen Imperiums ist. Erstens, hat sich eine herrschende Klasse in Europa und den USA herausgebildet, die sich zwar wirtschaftlich in Konkurrenz zueinander befindet, aber politisch die gleichen Interessen verfolgt, nämlich jene Interessen der amerikanischen herrschenden Klasse. Zweitens, hat sich die ökonomische und politische Machtbasis der USA seit dem Ende des Ost-West-Konflikts keinesfalls verringert, sondern aufgrund der neoliberalen Agenda, der Umstrukturierung des kapitalistischen Systems und der vermehrten Ausbeutung der Arbeiterschaft vergrößert (Panitch ve Gindin, 2004: 18,42,59). Eine zentrale Rolle nimmt dabei der Staat als Initiator des Neoliberalismus und Organisator des globalen Kapitalismus ein. In ihrer Imperialismustheorie stellen Panitch und Gindin deshalb die These auf, dass der Staat keine neutrale Position im kapitalistischen Wirtschaftssystem einnimmt, sondern vielmehr ein zentraler Akteur der wirtschaftlichen Globalisierung ist, explizit den Interessen des Kapitals dient und diese sowohl nach innen als auch nach außen durchsetzt (Panitch, 2002: 80). Dem kapitalistischen Nationalstaat, und vor allem den USA als stärkste Macht des Weltsystems, kommt daher die Aufgabe zu, die moderne, liberalkapitalistische Gesellschaftsordnung mit Hilfe monetärer, realwirtschaftlicher, strukturierender und wirtschaftspolitischer Beziehungen in das kapitalistische System zu integrieren (Brink, 2007: 285). Den Vereinigten Staaten ist es somit nicht nur gelungen, die Globalisierung zu konstituieren und sich dadurch global Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, sondern auch ihre imperialistische Dominanzposition im internationalen System zu behaupten.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Bedeutung

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem darauffolgenden Krieg gegen den Terror wurde der Grundstein für die schwerwiegendsten Veränderungen in den internationalen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges gelegt. Neben einer konsequenten Strategie direkter militärischer Interventionen, als Reaktion auf die Ereignisse vom 11. September, zeigte sich, dass das außenpolitische Handeln der USA nach wie vor von drei entscheidenden Grundvoraussetzungen determiniert ist: der globalen Machtverteilung, dem machtpolitischen Selbstverständnis einer imperialen Großmacht und dem sich daraus ergebenden Führungsanspruch und Handlungswillen. Zudem unterscheidet sich die US-Außenpolitik seit 9/11 grundlegend von der alten amerikanischen Weltordnungspolitik von 1945 bis zum Ende des Ost-West-Konflikts. Innerhalb der internationalen Gemeinschaft wurden die Terroranschläge darüber hinaus als Paradigmenwechsel in der Planung und Ausübung terroristischer Gewalt bewertet (Krause vd., 2002: 42). Die Fassungslosigkeit über einen Anschlag dieser Größenordnung war gravierend. Schließlich rückte das Bedrohungspotential den Fundamentalismus und Terrorismus in den

Vordergrund der internationalen Sicherheitspolitik und in weiterer Konsequenz eine Region: den Nahen Osten.⁷

An die Stelle der Vereinten Nationen setzten sich alsbald die Vereinigten Staaten, denen es nicht um kollektive Sicherheit, sondern um präventive Verteidigung geht. Ihre Politik vertraut nicht auf Kooperation und internationale Organisation, sondern auf die unilaterale Anordnung, die mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden wird. Von der kooperativen Koexistenz globaler und regionaler Organisationen sind nur noch marginale Reste übrig geblieben. Die Welt wird nicht durch die Zusammenarbeit aller geordnet, sondern nach dem Willen Washingtons (Czempiel, 2002: 3).

Mit der unmittelbaren Angst vor dem Terrorismus setzte sich, laut Ernst-Otto Czempiel, jener Politikstil durch, der seine Herrschaft nicht mehr auf Macht, sondern auf Befehl, Gehorsam und Gewalt stützt. Dabei haben die Terroranschläge das tief in das Selbstbewusstsein [der US-amerikanischen] Gesellschaft eingewobene Misstrauen gegenüber jeglicher „imperialen Präsidentschaft“ neutralisiert (Czempiel, 2002: 3). Energischer denn je verfolgte die Bush-Regierung die Absicht, einen selektiven amerikanischen Internationalismus zu konzipieren (Krause vd., 2002: 40). Das wird vor allem im Zuge der von George W. Bush gehaltenen Rede vor der West Point Militärakademie am 1. Juni 2002 deutlich, in der er feststellt, dass „[...] die alte Doktrin der Eindämmung und Abschreckung [...] heute nur noch begrenzt anwendbar [...]“ ist und der Präventivkrieg sowie ein Militär, „[...] das fähig ist in jedem Teil der Welt sofort zuzuschlagen [...]“ (Henning, 2006: 141) die logische Konsequenz der veränderten globalen Sicherheitslage ist. Diese Auffassung fand ihren Ausdruck in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie⁸ der USA und verdeutlicht diesbezüglich mehrere entscheidende, staatsübergreifende Entwicklungen.

Erstens, wurde das klassische Verständnis des ökonomischen und republikanischen Liberalismus durch neue Auffassungen des sicherheitspolitischen Realismus und Institutionalismus erweitert. Zur Umsetzung der neuen Ordnungsstrukturen muss das bestehende System internationaler Kooperationen radikal reformiert werden. Zweitens, stellen nicht mehr traditionelle Großmachtkonflikte, sondern „Schurkenstaaten“, Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen die größte Gefahr für die US-amerikanische und internationale Sicherheit dar. Drittens, bilden neue Formen der Diplomatie und traditionelle Militärpolitik die zentralen Säulen zur Durchsetzung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Viertens, rückte der Nahe und Mittlere Osten, gebrandmarkt als Keimzellen des islamischen Terrorismus, in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit.⁹ Fünftens, verfolgen die USA eine Mischung aus Multilateralismus, Ad-hoc Koalitionen und Unilateralismus. Die zentrale Bezugsinstitution der kollektiven Sicherheit ist die UNO und der kollektiven Verteidigung die NATO. Zusätzlich sollen konkrete Bedrohungen durch Koalitionen der Willigen¹⁰ begegnet werden. Sechstens, wurde die Zusammenarbeit und Koordination der zuständigen Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden in den USA verbessert, indem Gesetze verschärft, in ihrem Anwendungsbereich ausgedehnt und zahlreichen Strafverfolgungsbehörden mehr Machtbefugnisse zugesprochen wurden. Auf supranationaler Ebene wurden diese Richtlinien zur Verhinderung der Finanzierung terroristischer Gruppierungen implementiert. Und siebtens, setzt sich die Bush-Administration für eine aktivere Form der

⁷ Zum Nahen Osten gehören im engeren Sinn die Länder des ehemaligen Osmanischen Reiches: Bahrain, Irak, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Palästina, Saudi Arabien, Syrien, Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate. Im weiteren Sinn gehören auch Ägypten, obwohl auf dem afrikanischen Kontinent, sowie Zypern und Nordzypern dazu. Die Region des Mittleren Osten wird nicht eindeutig definiert, umfasst aber im allgemeinen Afghanistan, Bangladesh, Bhutan, Indien, Iran, Myanmar, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Gelegentlich mit dem Nahen und Mittleren Osten assoziiert werden Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Dschibuti, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Lybien, Marokko, Mauretanien, Somalia, Sudan, Südsudan, Tadschikistan, Tunesien, Turkmenistan, Usbekistan und Westsahara. Diese Länder weisen, aus westlicher Perspektive betrachtet, folgende Gemeinsamkeit auf: die Auseinandersetzung mit dem Islam sowie den Zugang zu wirtschaftsstrategisch wichtigen Rohstoffquellen (Fürtig, 2012: 5).

⁸ Die National Security Strategy (NSS) der USA vom 20. September 2002 kann als politiktheoretisches Ordnungskonzept verstanden werden, das zentrale Elemente von Realismus, Liberalismus und Institutionalismus in sich vereint. Grundsätzlich stehen bei dieser Strategie die Entwicklung offener Gesellschaften, der Aufbau demokratischer Strukturen und die Ausbreitung von Freihandel und Marktwirtschaft im Vordergrund. Darüber hinaus sollen nicht nur Frieden und Wohlstand geschaffen, sondern die Menschenrechte garantiert werden.

⁹ Hauptursache des Extremismus ist, dem Westen zufolge, die Unfähigkeit der arabischen Länder, ihre Gesellschaften zu transformieren. Schlechte Regierungsführung, hohe Staatsquoten, kostenintensive bürokratische Strukturen und Korruption sind demnach verantwortlich für die strukturelle Instabilität der gesamten Region. Die weltweit friedensgefährdende Situation kann (demzufolge nur) durch die Öffnung der Märkte, Freihandel sowie politische und wirtschaftliche Modernisierungsprozesse nach westlichem Vorbild überwunden werden (Krause vd., 2002: 42).

¹⁰ Die Koalition der Willigen (coalition of the willing) ist keine formale Organisation mit einem ständigen Sitz, festen Mitarbeitern oder permanenten Ressourcen. Vielmehr ist die Koalition der Willigen eine Allianz von Staaten, die unter besonderen Umständen, wie einer abstrakten oder konkreten Gefahr, politisch und vor allem militärisch handelt.

Abschreckung ein. Im Vordergrund stehen dabei verstärkte Maßnahmen der Homeland Security,¹¹ der weitere Ausbau ballistischer Raketenabwehrsysteme, erhöhte Vorkehrungen im Bereich counterproliferation¹² und der präventive Einsatz militärischer Mittel (Krause vd., 2002: 44). Trotz US-amerikanischer und internationaler Kritik, erfolgte die erstmalige Umsetzung der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie beim Angriff auf den Irak im Jahre 2003.

Die erste, unter dem Mandat der North Atlantic Treaty Organization, erfolgte Militäraktion begann am 7. Oktober 2001 im Zuge der Operation „Enduring Freedom“. Es konnte nachgewiesen werden, dass die Anschläge vom 11. September in Afghanistan geplant wurden. NATO-Truppen marschierten daraufhin in Afghanistan ein, um das Taliban-Regime zu stürzen und Osama bin Laden, den vermeintlichen Drahtzieher der Anschläge und Kopf des Terrornetzwerks Al-Qaida, zu fassen. Innerhalb von zwei Monaten waren die Taliban entmachtet, doch Osama bin Laden noch immer nicht gefasst. Erst am 2. Mai 2011 konnte ein Sonderkommando der US-Navy den meistgesuchten Mann der Welt ausfindig machen und schließlich im pakistanischen Abbottabad töten. Voraussetzung für den Einmarsch in Afghanistan war das Zusammentreffen des North Atlantic Council, dem wichtigsten Entscheidungsgremium der NATO. Nur einige Tage nach den Terroranschlägen, am 4. Oktober 2001, wurde erstmals der Bündnisfall nach Artikel 5 des Washington Treaty ausgerufen.¹³ In diesem Zusammenhang verabschiedete der UN-Sicherheitsrat bereits einen Tag nach den Anschlägen, am 12. September 2001, die Resolution 1368, mit der die Terroranschläge als Bedrohung des Weltfriedens verurteilt wurden (Fürting, 2012: 34).

Am 20. März 2003 marschierten US-amerikanische und britische Streitkräfte, mit Unterstützung der Koalition der Willigen, im Rahmen der „Operation Iraqi Freedom“ ohne UN-Mandat in den Irak ein. Knapp zwei Jahre nach Beginn der Invasion in Afghanistan wurde die Ausweitung des Krieges gegen den Terror entgegen geltendem Völkerrecht mit der akuten Bedrohung amerikanischer und internationaler Sicherheit durch Massenvernichtungswaffen legitimiert: Wie in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA formuliert, rechtfertigt dies den präventiven Einsatz militärischer Mittel. Dieses Gefahrenpotential lag, der US-Regierung zufolge, vor. Neben dem Verdacht, Massenvernichtungswaffen zu besitzen und nutzen zu wollen, wurde Saddam Hussein zudem die Verbindung zu dem Terrornetzwerk Al-Qaida und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 unterstellt. Der Zweite Irakkrieg wurde mit dem Argument gerechtfertigt, dass er die nachhaltige Entwicklung von Frieden und Demokratie sowie den Schutz der Menschenrechte in der Nahostregion fördert.

Auf der anderen Seite löste die Invasion eine hitzige Debatte über die Rechtmäßigkeit des präventiv geführten Krieges im Irak, die imperialistischen Expansionsbestrebungen der USA im Nahen und Mittleren Osten und die Errichtung einer amerikanischen Weltordnung aus. Die zunehmende Tendenz der Vereinigten Staaten zum Unilateralismus wurde weltweit, doch im besonderen Maße von der europäischen Wertegemeinschaft, mit wachsender Besorgnis aufgenommen. Es besteht nicht nur die Gefahr, dass die dominante Militärmacht USA rücksichtslos die eigenen nationalen Interessen verfolgt, sich von der bisherigen multilateralen Nachkriegspolitik entfernt und die Bedeutung international akzeptierter Regel- und Normensysteme missachtet, sondern ihre Verbündeten sowie Gegner provoziert, in zwischenstaatliche Konflikte treibt und schließlich die globale Kriegsgefahr erhöht (Dembinski, 2002: 1). Auch wenn der Kriegskurs der USA als Reaktion auf den sich entfaltenden Terrorismus des 21. Jahrhunderts und dessen potentielle Gefahr für die internationale Friedenssicherung zu verstehen ist, haben kritische AutorInnen darauf hingewiesen, dass die Vorgehensweise der Bush-Regierung seit 2001 nicht einfach nur als Antwort auf die Terroranschläge zu verstehen ist. Vielmehr muss die außenpolitische Vorgehensweise der USA in einem wachsenden Spannungsverhältnis zwischen Unilateralismus, Multilateralismus und den imperialistischen Machtbestrebungen der USA betrachtet werden (Hippler ve Schade, 2003: 8). Die Intensivierung eines offenen Unilateralismus und zunehmende Abkehr des selektiven Multilateralismus in der US-Außenpolitik begann daher nicht erst mit dem Präsidentschaftsantritt George W Bushs zur Jahrtausendwende, sondern schon mit den Präsidentschaften George Bush senior und Bill Clinton.

Zusammenfassung

Es konnte dargestellt werden, dass sich Kolonialismus und Imperialismus historisch bedingen und Imperialismus als eine auf Machtausweitung gerichtete Politik eines Staates zu verstehen ist. Dieser Expansionspolitik liegt die zielstrebige Vergrößerung des eigenen Staatsgebietes sowie die wirtschaftliche

¹¹ Homeland Security (HS) ist eine nach den Terroranschlägen 2001 initiierte Strategie zur Sicherstellung, dass keine Anschläge, terroristischer und anderer Art, auf US-amerikanischen Boden geplant und ausgeübt werden können. 2002 wurde zu diesem Zwecke das United States Department of Homeland Security (DHS) gegründet.

¹² In erster Linie militärische Vorsorge gegen potentielle Angriffe durch chemische, biologische, radiologische und nukleare Waffen.

¹³ Dieser besagt, dass der bewaffnete Angriff gegen einen oder mehrere Bündnispartner als Angriff gegen alle gewertet wird. Folglich sind alle Bündnispartner zur kollektiven Selbstverteidigung verpflichtet.

Ausbeutung und territoriale Inbesitznahme fremder Gebiete zugrunde. Aufgrund der zunehmenden Rivalitäten unter den Kolonialmächten kam es im ausgehenden 19. Jahrhundert zu blutigen Machtkämpfen und Expansionskriegen, die zur Unterwerfung und geographischen Aufteilung der beinahe gesamten außereuropäischen Welt führten. Die formelle und informelle Herrschaft über koloniale Territorien avancierte zum Kernelement imperialistischer Politik. Ziel war es, dauerhafte wirtschaftliche Abhängigkeitsstrukturen zu etablieren und die langfristige Einbindung der Kolonialgebiete in das kapitalistische System zu garantieren (Heinrich, 2003: 280).

Infolge der beiden Weltkriege fand der klassische Imperialismus ein Ende. Der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Ost-West-Konflikt veränderte die globale Machtstruktur grundlegend. Die in den 1960er Jahren weitestgehend abgeschlossene Entkolonialisierung führte zur Herausbildung neuer Staaten. Die direkte Einflussnahme der Industriestaaten auf die Länder des globalen Südens blieb jedoch bestehen (Deppe, 2011: 23). Diese Tatsache führte zur Neubewertung imperialistischer Erklärungsansätze und zur Erkenntnis, dass die Etablierung politischer und wirtschaftlicher Machtdominanz nicht zwangsläufig den Kolonialstatus eines Landes bedarf. Der alte Imperialismus hat sich somit zu einem Neoimperialismus transformiert, der die ehemaligen Kolonien vollends in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem integriert und die Rolle des Staates grundlegend verändert hat. Dieser gewährleistet nicht mehr nur die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kapitalverwertung, sondern betreibt fortan eine aktive Wirtschaftspolitik (Heinrich, 2003: 295).

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Debatte eines neuen, von den USA ausgehenden, Imperialismus entstanden. Neben historischen Erklärungsansätzen imperialistischer Expansionspolitik von John Atkinson Hobson, der seine Argumentation auf die Unterkonsumtionstheorie stützt, und Wladimir Iljitsch Lenin, der den Imperialismus als unvermeidliches Produkt des Kapitalismus sieht, haben sich in jüngster Zeit vor allem Leo Panitch, Sam Gindin und David Harvey mit den innerimperialistischen Konflikten und Widersprüchen des Kapitalismus sowie der voranschreitenden Militarisierung der US-Außenpolitik seit dem Krieg gegen den Terror auseinandergesetzt. Vor allem Harvey erläutert mit der These der Akkumulation durch Enteignung, dass imperialistische Außenpolitik aus der Interaktion von territorialer und kapitalistischer Logik entsteht und politisch initiierte Expansionsbestrebungen die Möglichkeit bieten, kapitalistische Überakkumulationskrisen zu bearbeiten (Harvey, 1982: 156). Anhand der zunehmenden Bearbeitungsprobleme des US-Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts und den immer offener hervortretenden Tendenzen einer Überakkumulationskrise, veranschaulicht Harvey, die Notwendigkeit der profitablen Reinvestition. Ähnlich wie Panitch und Gindin, misst Harvey dem Staat mit Gewaltmonopol eine hohe Bedeutung zu (Harvey, 1982: 89). Dabei fungiert die Kapitalakkumulation als Machtressource des Staates und erzeugt für das Kapital profitabel gemachte regionale Wirtschaftsstandorte, die der Absicherung und Ausweitung der staatlichen Machtbasis dienen und gleichzeitig erneute Krisenphänomene hervorbringen.

Ab der Jahrtausendwende ist darüber hinaus eine neue imperialistische Phase zu erkennen, die die Tendenz vom Konsens zum Zwang verdeutlicht und mit einer weitgehenden Militarisierung der US-Außenpolitik einhergeht. Als Folge der Terroranschläge und der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA hat sich darüber hinaus ein wachsendes Spannungsverhältnis zwischen Unilateralismus, Multilateralismus und den imperialistischen Machtbestrebungen der US-Außenpolitik manifestiert. Die Machtausweitung äußert sich dabei in der Konsolidierung der US-amerikanischen Dominanz im Nahen und Mittleren Osten. Mit dieser Arbeit wurde der Versuch unternommen, den Charakter des US-Imperialismus darzustellen. Dabei konnte erarbeitet werden, dass Imperialismus als eine auf Machterhalt und Machtdemonstration gerichtete Politik eines Staates zu verstehen ist, die die zielstrebige Machtausweitung und den kulturellen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der Welt forciert. Die imperialistische Expansionsphase ist charakteristisch für die globale Ausdehnung des Handelskapitals und bezieht sich ausschließlich auf die dauerhafte Errichtung wirtschaftlicher Abhängigkeitsstrukturen sowie langfristige Einbindung der noch nicht kapitalisierten Länder in das kapitalistische Weltsystem. Imperialismus ist daher auch als Produkt außenpolitischer Aktionen zu verstehen.

BIBLIOGRAPHIE

- BOHLE, Dorothee (2002). *Europas neue Peripherie, Polens Transformation und transnationale Integration*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- BRZEZINSKI, Zbigniew (2001). *Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, 4. Auflage, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto (2002). „Die amerikanische Weltordnung“, In: Bundeszentrale für politische Bildung“ (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 48, s. 3-6.
- DEMBINSKI, Matthias (2002). „Unilateralismus versus Multilateralismus, Die USA und das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und Internationaler Organisation“, In: *Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung* (Hrsg.): HSK-Report Nr. 4.

- DEPPE, Frank (2011). „Interregnum. Grosse Krisen, umkämpfte Krisenausgänge und Krisenpolitik im historischen Vergleich,“ In: Deppe, Frank; Meixner, Wolfgang; Pallaver, Günther (Hrsg.): *Widerworte, Philosophie, Politik, Kommunikation. Festschrift für Jörg Becker*, Innsbruck: Innsbruck University Press, s. 89-104.
- FERGUSON, Niall (2003). „Das verleugnete Empire“, In: Sznajder, Natan; Speck, Ulrich; Bacevich, Andrew J. (Hrsg.): *Empire Amerika, Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München: Deutsche Verlags-Anstalt, s. 38-59.
- FRANK, A. Gunder (1980). *Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- FÜRTIG, Henner (2012). „Was ist der Nahe Osten? - eine Einführung, In: Bundeszentrale für politische Bildung“ (Hrsg.): *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 317, Nahe Osten, Nachbarregion im Wandel, s. 4-7.
- HARDT, Michael ve NEGRI, Antonio (2002). *Empire, Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main: Campus.
- HARVEY, David (1982). *The Limits to Capital*, Oxford: Basil Blackwell.
- HARVEY, David (2003). *The New Imperialism*, Oxford: Oxford University Press.
- HEINRICH, Michael (2003). *Imperialismustheorie*, In: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen: Leske + Budrich, s. 279–307.
- HENNING, Klaus (2006). *Aufstieg der „Neocons“*. *Politische Intellektuelle in den USA und der „Neue Imperialismus“*, Köln: Neuer ISP Verlag.
- HIPPLER, Jochen ve SCHADE, Jeanette (2003). „US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance“, In: *Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen* (Hrsg.): *INEF Report*, Nr. 70, s. 1-66.
- HOBSON, A. John (1905). *Imperialism: A Study, Second Edition*, London: Constable.
- KAUTSKY, Karl (1914). „Der Imperialismus“, In: *Die Neue Zeit*, 32. Jahrgang, 2. Band, Nr. 21, s. 908–922.
- KAUTSKY, Karl (1915). „Zwei Schriften zum Umlernen“, In: *Die Neue Zeit*, 33. Jahrgang, 2. Band, Nr. 5, s. 1–146.
- KRAUSE, Joachim (2002). „Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration,“ In: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 48, s. 40-46.
- MÜNKLER, Herfried (2005). *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft - vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, 5. überarbeitete Auflage, Berlin: Rowohlt.
- NYE, S. Joseph (2003). „Das dreidimensionale Schachbrett. Über amerikanische Macht im Zeitalter der Informationsrevolution“, In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. März 2003. [Zugriff: 05.12.2013].
- PANITCH, Leo (2002). „Neuer Imperialismus – Neue Imperialismustheorie“, In: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, Nr. 52, s. 77-86.
- PANITCH, Leo ve GINDIN, Sam (2004). *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*, Hamburg: VSA-Verlag.
- PRADETTO, August (2003). „Instrumenteller Multilateralismus und servile Rezeption: der Irak, die USA und Europa“, In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2, s. 163-174.
- SCHUBERT, Klaus ve KLEIN, Martina (2006). „Das Politiklexikon, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung“, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- TEN BRINK, Tobias (2007). *Imperialistische Phänomene: Struktur und Geschichte kapitalistischer Staatenkonkurrenz*, Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt am Main.